

Kritik am IG Metall Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie

Tarifverträge: Zeit oder Geld? Unternehmer können Beschäftigte erpressen

Radio Dreyeckland am 8. Februar 2018

IG-Metall und die sogenannten Arbeitgeber haben sich in Baden-Württemberg auf einen Tarifabschluss in der Metall- und Elektrobranche geeinigt. Der Tarifvertrag, der als Pilotabschluss auch für andere Bundesländer gilt, hat eine sehr lange Laufzeit von 27 Monaten. Die 4,3 prozentige Lohnerhöhung entspricht umgerechnet auf die lange Laufzeit allerdings gerade einmal einem Plus von 2 Prozent, ist also letztlich nur eine Art Inflationsausgleich. Zudem gibt es für die Monate Januar bis März eine Einmalzahlung von 100 Euro. 2019 erhalten alle Beschäftigten zudem einen Festbetrag von 400 Euro sowie ein neues tarifliches Zusatzgeld von 27,5 Prozent eines Monatseinkommens. Besonders stolz scheint die IG Metall über die Möglichkeit zu sein, dass Beschäftigte für bis zu 2 Jahre ihre Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden verkürzen können. Einen Lohnausgleich gibt es aber nicht. Im Gegenzug wird es für den Arbeitgeber auch möglich in vergleichbarem Umfang mehr Arbeitsverträge bis zu 40 Wochenstunden abschließen. Über den Abschluss haben wir mit Mag Wompel von labournet gesprochen.

<https://rdl.de/beitrag/umsetzung-der-tarifvertr-ge-wird-vom-unternehmer-erpressbare-h-nde-gelegt>

INTERVIEW mit Mag Wompel

"Ein Meilenstein auf dem Weg zu einer modernen, selbstbestimmten Arbeitswelt", so IG Metallchef Hofmann. Ist dieser Tarifabschluss wirklich ein Meilenstein?

Ich würde mal behaupten, noch nicht mal für die maximal 10 Prozent der betrieblich Beschäftigten, die dieses Novum einer befristeten verkürzten Arbeitszeit in Anspruch nehmen können. Noch nicht mal für die, denn dieses muss man sich leisten können. D.h. eines der Motive zu diesem Tarifabschluss wäre Zeit oder Geld.

Die IG Metall geht selber nur von 4 bis 5 Prozent der Beschäftigten aus, die die 28-Stunden-Verkürzung in Anspruch nehmen werden. Ist diese Verlagerung der Frage der Arbeitszeit auf die individuelle Ebene ein Schritt, der die Belegschaft noch weiter spalten wird und auch die Schlagkraft der Gewerkschaften noch weiter senken wird?

Auf jeden Fall. Es wird auf jeden Fall die Arbeitszeitvertragslage noch stärker individualisieren und damit die Tarifpolitik auch noch stärker verbetrieblichen. Und Verbetrieblichung ist eine böse Tendenz in der IG Metall schon seit dem 1984er-Abschluss zur Arbeitszeitverkürzung zur 35-Stundenwoche. Verbetrieblichung bedeutet, dass die detaillierte, konkrete Aushandlung der Umsetzung der Tarifverträge in die Hände derjenigen gegeben wird, die nach Betriebsverfassungsgesetz zur friedensvollen Zusammenarbeit verpflichtet und erpressbar sind. Und dass sie erpressbar sind sehen wir ja ständig an allen Standortsicherungsvereinbarungen, die es so gibt.

Auch beim Thema Arbeitszeit im Zusammenhang mit dieser Tarifvereinbarung wird sich noch bemerkbar machen: Es gab bisher die tarifliche Abrede, dass bis zu 18 Prozent der Beschäftigten pro Betrieb länger als die 35-Stundenwoche arbeiten konnten. Das war natürlich ein Entgegenkommen an die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, für die Arbeitgeberverbände, die ja so gerne über den selbstgemachten Facharbeitermangel jammern und meinen, dass es für sie und ihre Profite wichtig wäre. Dies wurde schon immer mit betrieblichen Vereinbarungen nach oben gedrückt bzw. ein Auge zugemacht. Und genau diese Betriebsräte sollen jetzt darüber entscheiden, wie der sehr, sehr komplizierte Tarifvertrag betrieblich umgesetzt wird.

Und der Unternehmerseite bleibt immer die Möglichkeit mit Standortschließung zu drohen um dann noch mehr durchzusetzen.

Auf jeden Fall. Das heißt, wir haben damit nicht nur Zementierung der unsäglichen Spaltung zwischen Ost und West, denn die OstkollegInnen sind da quasi leer ausgegangen - mal wieder. Sondern wir haben auch eine Zementierung der Spaltung zwischen den Betrieben, denen es gut geht und denen nicht. Da können auch manche Betriebe im Osten unter Umständen in den kommenden Auseinandersetzungen um eine endliche Angleichung an die 35-Stundenwoche eher was erreichen gegenüber den Betrieben, die in der Mitte oder am Ende der Zulieferkette in der Metallindustrie stecken, die schon jetzt sowohl kapitalmäßig erpressbar sind als auch deren Belegschaft natürlich umso erpressbarer sind.

Wie gesagt - gleichzeitig zu der individuellen 28-Stundenaktion für die Beschäftigten ohne Lohnausgleich, gibt es für den Arbeitgeber die Möglichkeit mehr Arbeitsverträge bis zu 40 Wochenstunden abzuschließen.

Bis über 50 Prozent statt bisher 18.

Die Gewerkschaft und in Folge der Beschäftigte als Gummipuppe, die sich ganz so verbiegen lässt, wie es der flexibilisierungshungrige Unternehmer gerade braucht? Oder das Ganze doch ein notwendiger Schritt um SchichtarbeiterInnen, Arbeiter mit Kinder oder zupflegende Angehörige zu entlasten?

Die familiären Belastungen haben alle Menschen und natürlich ist die IG Metall nicht zuständig für Menschen in der Pflege oder in sonstigen Dienstleistungsberufen, die bis zu drei Jobs brauchen, um über die Runden zu kommen und trotzdem alleinerziehend sind (zum Beispiel). Aber wenn sich die IG Metall auf ihre gesellschaftliche Aufgabe, das Thema Arbeitszeit endlich anzustoßen, beruft, dann sollte sie zumindest schauen, dass familiär oder gesundheitlich belastete Menschen nicht fünf oder acht freie Tage im Jahr brauchen. Sondern sie brauchen eine tägliche Arbeitszeitverkürzung und die müsste gesetzlich verankert sein - und zwar für alle und nicht für 10 Prozent derjenigen im Betrieb, die sich das leisten können oder leisten müssen, weil es ihnen so dreckig geht.

Ich habe mich sehr gefreut, dass das Thema der Gesundheitsbelastung durch Schichtarbeit endlich angesprochen worden ist. Aber mit selbstbezahlten freien Tagen ist das Problem nicht vom Tisch. Man müsste eigentlich das Problem der alltäglichen Belastung durch Schichtarbeit angehen. Man müsste was an den

Arbeitsbedingungen der Schichtarbeit machen und die Frage auch mal stellen: Warum Schichtarbeit überhaupt in Bereichen, die nicht gesellschaftlich notwendig sind, erlaubt ist. Wir hatten das Thema schon zum Beispiel bei uns in Bochum, als Nokia erpresste abzuwandern (was sie ja letztlich gemacht haben) und die Betriebsratsvorsitzende damals selbst zum Land NRW gefahren ist, um sich die Sondergenehmigung, Handys auch am Sonntag zu bauen, abzuholen. Die Autoindustrie muss auch nicht unbedingt im Dreischichtbetrieb Autos bauen, schon gar nicht, wenn wir wissen, wie gesundgefährlich sie sind.

In den letzten Jahren sind die Reallöhne nur minimal gestiegen. Im Vergleich zu Anfang der 90ziger Jahre haben die Beschäftigten in Deutschland sogar weniger in der Tasche und das trotz der guten wirtschaftlichen Lage. Ist diese Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften - auch die jetzige - eine Notwendigkeit um den Standort Deutschland im harten internationalen Konkurrenzkampf nicht zugefährden und damit auch Arbeitsplätze nicht zugefährden?

(lacht) Das glaub ich nicht. Es ist eher umgekehrt, dass diese freiwillige Lohnzurückhaltung der IG Metall mal wieder einmal eine Kette zu weiterem Lohndumping liefern wird, nicht nur bundesweit. Denn wenn die starke IG Metall in der starken Metallindustrie lediglich Inflationsausgleich zustande bringt, können wir uns ja ausrechnen, wie das für Bereiche von ver.di oder NGG oder GEW ausgehen wird. Demnächst haben wir ja wieder Kommuntarifrunden und dass die Kommunen bewusst ausgedünnt und ausgehungert werden, das ist ja auch allseits bekannt. Nein, die Kette zieht sich ja auch international weiter fort. Deutschland ist ja schon lange, seit fast 20 Jahren, der Lohndumper in Europa. Unsere hiesigen Abschlüsse werden weiterhin diese Position verstärken und im Rahmen internationaler Liefer- und Wettbewerbsketten natürlich zu weiteren Lohnsenkungsattacken führen.

Gesamtmetall jubelt, die außerordentlich lange Laufzeit von 27 Monaten bedeutet Planungssicherheit für unsere Unternehmen und unsere Mitarbeiter. Eine Gewerkschaft, die sowenig Lohnerhöhung und Verbesserung nur sehr individuell herausholt und sich dann auch noch solange die Möglichkeit für Arbeitskämpfe nimmt, und immer wieder die Spaltung der Belegschaften durch die Zementierung der Leiharbeit vorantreibt... Wie sollte man denn auf diese Gewerkschaft angemessen reagieren?

Nun - naheliegend - zum Austritt zu rufen, das liegt mir allerdings fern, das ist nicht die Position von Labournet Germany. Denn es ist schon ein Privileg auf die eigene Gewerkschaft schimpfen zu dürfen, genauso wie es ein Privileg ist, auf Betriebsräte zu schimpfen. Man muss sie erst mal haben. Und weltweit haben wir schon die Bewegung, dass gewerkschaftliche Organisation erneut stärker kriminalisiert wird. Nein. Jeder schimpfende Kollege und jede Kollegin, sollte das jetzt in den Abstimmungsrunden in der Gewerkschaft machen und Druck ausüben und sich bei der nächsten Tarifrunde stärker einmischen. Das hat dieses Mal leider auch die organisierte Gewerkschaftslinker weniger getan als es früher bei den Metalltarifrunden der Fall war. Wir müssen Druck ausüben darauf, dass Gewerkschaften sich auch auf ihre - ich sag's mal jetzt provokant - Dienstleistungscharakter berufen sollen. Dass sie nämlich die Politik ihrer Mitglieder vertreten sollen. Und dieser Abschluss - ich möchte noch mal betonen - liefert nicht nur durch die Laufzeit Planungssicherheit für die Arbeitgeberseite. Alle Zusatzabschlüsse - das ist ein ziemlich kompliziertes Werk -, sind aber trotzdem einheitlich mit einem versehen, nämlich mit einem

Konjunkturvorbehalt. Das heißt, all das kann zurückgenommen werden, wenn es dem Einzelbetrieb schlecht geht oder die gesamte Konjunktur einbrechen sollte. Das unternehmerische Risiko ist auch hier wieder einmal gegen Null und wird komplett von den Belegschaften getragen. Bei diesem Abschluss werden wir wahrscheinlich nie erfahren, wie hoch tatsächlich die Lohnerhöhung ausfällt, weil es so stark betrieblich-konjunkturell und auch von der Anzahl derjenigen, die die Arbeitszeitverkürzung tatsächlich in Anspruch nehmen werden, abhängig ist. Das ist Augenwischerei und ein eindeutiger Mangel an innergewerkschaftlicher Demokratie und da sollten alle Unzufriedenen jetzt aufstehen und sagen "mit uns nicht!" - schon im Interesse ihrer eigenen Würde.

Das sagt Mag WompeL von LabourNet. Mit ihr habe ich über den Abschluss in der Baden-Württembergischen Metall - und Elektroindustrie gesprochen, der wohl Pilotcharakter haben wird. Mehr Infos zum Ganzen gibt es z.B. auf www.labournet.de

Siehe dafür: Politik » Gewerkschaften » Tarifpolitik » Tarifrunden » [Dossier: Tarifrunde Metall- und Elektroindustrie 2017/2018](#)